

Gemeinsame Erklärung der Norddeutschen Wirtschaft zur Stärkung der Gesamtverteidigungsfähigkeit Deutschlands anlässlich des Unternehmerratoriums Nord 2025

Das Unternehmerratorium Nord der norddeutschen Industrie- und Handelskammern und der norddeutschen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände erklärt anlässlich seines Jahrestreffens am 16. Juni 2025 Folgendes:

Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Globale Spannungen, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und hybride Bedrohungen erfordern eine umfassende Stärkung der zivilen und militärischen Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Mit Blick auf die strategische Lage, kritische Infrastrukturen sowie industrielle und maritime Kapazitäten kommt Norddeutschland hierbei eine besondere Rolle zu. Die norddeutsche Wirtschaft erkennt ihre Verantwortung in diesem Prozess an und fordert in enger Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft folgende Maßnahmen:

1. Investitionen in militärtaugliche Verkehrsinfrastruktur

Leistungsfähige Häfen und Verkehrswege sind das Rückgrat für zivile und militärische Logistik. Mit dem beschlossenen Sondervermögen Infrastruktur steht eine Finanzierung hierfür zur Verfügung. Die Umsetzung strategisch relevanter Infrastrukturprojekte, wie in der „Ahrensburger Liste“ und dem Bundesverkehrswegeplan festgehalten, muss nun höchste Priorität haben. Beispiel dafür kann die „Deutschland-Geschwindigkeit“ beim Bau der LNG-Terminals sein, um im gebotenen Zeitrahmen handlungsfähig zu sein. Darüber hinaus sind weitreichende Strukturreformen im Planungsrecht notwendig, um auch mittel- und langfristig eine leistungs- und verteidigungsfähige Infrastruktur in Norddeutschland zu gewährleisten.

2. Schutz kritischer Infrastruktur

Die Verantwortung für den Schutz kritischer Infrastruktur muss klar definiert und effizient verteilt werden. Ein von Bund und Ländern erstelltes Sicherheitskonzept, das analoge und digitale Bedrohungen gleichermaßen adressiert, ist erforderlich. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Nord- und Ostseehäfen, Offshore-Anlagen und Energie- und

Verkehrsinfrastruktur. Auch die Gesundheitsversorgung muss von staatlicher Seite krisensicher gestaltet werden.

3. Industrielle Förderung

Die gestiegene Nachfrage nach Rüstungsgütern eröffnet Chancen für die norddeutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Die Unterzeichner werden sich gemeinsam dafür einsetzen, diese Chancen für den Wirtschaftsstandort Norddeutschland zu sichern. Die Bundesregierung sollte zudem Investitionen erleichtern, öffentliche Beschaffungsaufträge zügig vergeben, Standortattraktivität fördern und sicherstellen, dass Rüstungsunternehmen fairen Zugang zum Finanzmarkt erhalten.

4. Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Forschung

Die Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung sollte aufgehoben werden, um Innovationspotenziale zu heben. Dual-Use-Technologien stärken die Wettbewerbsfähigkeit und tragen zur sicherheitspolitischen Resilienz bei. Zivilklauseln an Hochschulen behindern notwendige Forschung und sollten abgeschafft werden.

5. Umgang mit der Fachkräftekonkurrenz

Wirtschaft und Bundeswehr konkurrieren um Fachkräfte. Ein partnerschaftlicher Dialog zwischen Wirtschaft und Bundeswehr, der beidseitige Interessen berücksichtigt, ist notwendig, um den Bedarf zu decken, ohne sich gegenseitig zu schwächen.

6. Bürokratieabbau

Bürokratische Hürden behindern sowohl die Wirtschaft als auch die Bundeswehr. Regulierungen müssen auf das Nötigste beschränkt werden, um Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit zu stärken.

7. Eigenverantwortung der Wirtschaft

Zur Stärkung der Gesamtverteidigungsfähigkeit investiert die norddeutsche Wirtschaft eigenverantwortlich in den Wirtschafts- und Geheimschutz sowie in die Resilienz der Produktions- und Dienstleistungsstrukturen. Dies umfasst Schutzmaßnahmen gegen Spionage, Sabotage und Cyberangriffe in enger Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden.

8. Einbeziehung der Wirtschaftsorganisationen

Die Industrie- und Handelskammern und Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sollen als strategische Partner im sicherheitspolitischen Dialog agieren. Ein strukturierter Austausch

mit den zuständigen Ministerien, Behörden und der Bundeswehr ist zu etablieren, um die Wirtschaft bestmöglich in die Gesamtverteidigung einzubinden.

Die norddeutsche Wirtschaft steht geschlossen hinter diesen Forderungen und bekennt sich zu ihrer Verantwortung für die Stärkung der sicherheitspolitischen Resilienz Deutschlands.



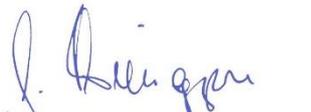
Dr. Andreas Jäger
Präsident
Unternehmerverbände
Niedersachsen e.V.



Prof. Norbert Aust
Präses
Handelskammer Hamburg



Matthias Belke
Präsident
Industrie- und Handelskammer
zu Schwerin



Jochen Brüggemann
amtierender Präses
der IHK zu Lübeck für die
IHK Schleswig-Holstein



André Grobien
Präses
Handelskammer Bremen - IHK
für Bremen und Bremerhaven



Tobias Hoffmann
Präsident
IHK Niedersachsen (IHKN) - Die
Industrie- und Handelskammern
in Niedersachsen



Dr. Philipp Murmann
Präsident
UVNord - Vereinigung der
Unternehmensverbände in
Hamburg und Schleswig-
Holstein e.V.



Lutz Oelsner
Präsident
Die Unternehmensverbände im
Lande Bremen e.V.



Lars Schwarz
Präsident
Vereinigung der Unternehmens-
verbände für Mecklenburg-
Vorpommern e.V.

BEGRÜNDUNG

Sicherheitspolitische Verantwortung und Resilienz

Maßnahmen zur Stärkung der Gesamtverteidigungsfähigkeit Deutschlands aus Sicht der norddeutschen Wirtschaft

Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Jahren tiefgreifend gewandelt. Globale geopolitische Spannungen, allen voran der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, hybride Bedrohungen und das Wirken internationaler Terrornetzwerke prägen die aktuelle Sicherheitslage. Angesichts dieser Herausforderungen ist eine deutliche Stärkung der Gesamtverteidigungsfähigkeit Deutschlands unerlässlich – sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Dies erfordert eine enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit diverser Akteure aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und den Sicherheitsbehörden. Erforderlich sind zudem eine umfassende Neubewertung von Verteidigungs- und Risikomanagementstrategien, strategische Anpassungen sowie eine klare Definition von Verantwortungsbereichen und Zuständigkeiten, um Deutschlands Sicherheit und Stabilität langfristig zu gewährleisten. Mit den „Rahmenrichtlinien für die Gesamtverteidigung“ (RRGV) existiert bereits ein politisches Schlüsseldokument mit teils erheblichen Anforderungen an zivile Akteure zur Erfüllung ihrer Rollen und Verantwortlichkeiten in Krisenzeiten. Diese müssen darüber entsprechend aufgeklärt werden, bei gleichzeitiger Rückspiegelung der Machbarkeit.

Eine starke und resiliente Wirtschaft ist die Grundlage für Deutschlands Fähigkeit, sicherheitspolitische Herausforderungen zu finanzieren. Wirtschaftliche Stabilität ermöglicht Investitionen in die Modernisierung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsinfrastruktur, um nicht nur im Konfliktfall handlungsfähig zu sein, sondern bestenfalls einen solchen Konflikt durch geeignete Abschreckung initial zu vermeiden. Aufgrund der geostrategischen Lage als Nord- und Ostseeanrainer, einer Vielzahl kritischer Infrastruktur, u.a. mit den See- und Binnenhäfen, der Offshore-Industrie, der Energieinfrastruktur zur Gas- und Stromversorgung, wichtigen Verkehrsknotenpunkten auf Schiene, Straße und Wasserstraße, sowie der hohen industriellen und maritimen Bedeutung kommt Norddeutschland in diesem Kontext eine besondere Rolle zu. Aus diesem Grund wendet sich der Norden (Norddeutsche Wirtschaft (ggf. mit den Regierungschefinnen und -chefs der norddeutschen Bundesländer)) mit den folgenden Anliegen geschlossen an die Bundesregierung:

Investitionen in die notwendige Verkehrsinfrastruktur

Eine leistungsfähige, militärtaugliche Infrastruktur stellt das Rückgrat aller sicherheitspolitischen Vorkehrungen dar. Zur Aufrechterhaltung von Liefer- und

Versorgungsketten und zum Zweck ziviler sowie militärischer Transporte müssen die großen Häfen als Umschlagsplätze und Logistikzonen gestärkt sowie sämtliche Verkehrswege – ob Wasser, Hafen, Schiene oder Straße – und Brücken ertüchtigt werden. Die norddeutsche Wirtschaft fordert bereits seit Jahren die Finanzierung und Umsetzung strategisch relevanter und vordringlich zu realisierender Verkehrsinfrastrukturprojekte im Norden, die in der sogenannten Ahrensburger Liste zusammengefasst wurden. Diese Forderung bekommt unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten eine neue Dringlichkeit. Weiterhin betrifft dies auch die Projekte des vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans. Infrastrukturelle Verbesserungen und die Schaffung von Redundanzen kämen gleichermaßen der Wirtschaft sowie der militärischen und zivilen Verteidigung zugute. Mit dem Sondervermögen Infrastruktur sind die finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden. Nun muss auch die Umsetzung durch beschleunigte Verfahren - wie beim Bau von LNG-Terminals gezeigt - in „Deutschland-Geschwindigkeit“ erfolgen. Um auch mittel- bis langfristig eine leistungsfähige Infrastruktur zu gewährleisten, sind darüber hinaus umfassende Strukturreformen im Planungsrecht erforderlich.

Schutz kritischer Infrastruktur

Die Zuständigkeiten zum Schutz von Infrastruktur, insbesondere der für die wirtschaftliche und zivile Versorgung kritischen Infrastruktur, müssen klar definiert sein und der Bedrohungslage angemessen verteilt sein. Zum Schutz kritischer Infrastruktur außerhalb von Betriebsgeländen sieht die Wirtschaft den Staat in der Pflicht, besondere Schutzvorkehrungen zu treffen. Derzeit stehen diverse Gesetze und Strategiekonzepte wie die Nationale Sicherheitsstrategie, die Nationale Wirtschaftsschutzstrategie, das NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz oder das KRITIS-Dachgesetz nebeneinander, es fehlt jedoch an einem Gesamtkonzept, welches die analoge und digitale Sicherheit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft umfassend und gleichermaßen adressiert, bürokratische Verpflichtungen für Unternehmen auf ein Minimum begrenzt und zudem in die europaweiten Aktivitäten eingebettet ist.

Im Rahmen der Verteidigungsfähigkeit kommt Norddeutschland mit dem Ostseeraum eine besondere strategische Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang spielt insbesondere auch der robuste Schutz von Infrastruktur und Industrie an Küste und Offshore (z.B. Häfen, Windkraftanlagen, LNG-Terminals, Ölplattformen) eine hervorgehobene Rolle – aufgrund vieler vom Norden ausgehender Versorgungsketten mit gesamtdeutscher Relevanz. Zum Schutz kritischer Infrastruktur außerhalb von Betriebsgeländen sieht die Wirtschaft den Staat in der Pflicht, besondere Schutzvorkehrungen zu treffen. Aktuelle Vorfälle wie Kabelsabotage in der Ostsee oder die Sichtung von Drohnen über

Industrieparks haben gezeigt, dass es Regelungslücken in der Zuständigkeit der Überwachung gibt, die geschlossen werden müssen. Die zuständigen Stellen, ob Polizei oder künftig Bundeswehr oder eine neuzugründende Küstenwache, müssen der Bedrohungsanalyse entsprechend ausgestattet sein.

Weiterhin ist auch die Gesundheitsversorgung als besonders schützenswert anzusehen. Es sollten der Bedrohungslage angemessene Krankenhauskapazitäten zur Verfügung stehen und eine breite Versorgung gewährleistet sein.

Industrielle Förderung

Die gestiegene Nachfrage der Bundeswehr nach Rüstungsgütern und die notwendigen Bemühungen zur Reduktion der Abhängigkeiten von Systemrivalen eröffnen neue Marktchancen für die regionale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Norddeutschland. Der Staat sollte diese Chancen aktiv unterstützen, indem er Erleichterungen bei Investitions- und Ansiedlungsvorhaben sowie Verbesserungen der Standortattraktivität fördert. Dazu zählt auch sicherzustellen, dass Rüstungsunternehmen beim Zugang zum Finanzmarkt nicht benachteiligt werden. Darüber hinaus sollten die Anstrengungen zur industriellen Förderung in den europäischen Rüstungs- und Beschaffungsmarkt eingeehrt sein. Besonderes Augenmerk sollte auf der maritimen Industrie liegen, die eine zentrale Rolle im Norden spielt. Ihr kommt in sicherheitspolitischen Bestrebungen eine entscheidende Funktion zu, insbesondere im Marineschiffbau, bei der Ausstattung der Seestreitkräfte und beim Offshore-Ausbau zur Reduzierung von Abhängigkeiten. Auch die Industrie für Luftfahrt, Landverteidigungssysteme, Raketen- und Munitionstechnologie findet in Norddeutschland einzigartige räumliche Gegebenheiten und Strukturen zur Entwicklung, Erprobung und Produktion vor. Nur mit einer leistungsfähigen Industrie werden die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden können.

Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Forschung

Durch die verstärkte Forschung für militärische Zwecke können sich auch für die Wirtschaft neue Chancen ergeben. Die Diffusion von Erkenntnissen aus der militärischen Forschung in die Wirtschaft kann dort eine Weiterentwicklung für zivile Zwecke – sogenannte Spillover-Effekte – auslösen, woraus neue Produkte und Technologien für den zivilen Markt sowie ggf. ergänzend für eine militärische Verwendung (Dual Use) entstehen können. Dies stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Eine bewusste politische Förderung der Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Forschung zu diesem Zweck ist in Staaten wie den USA und Israel üblich. Die daraus

resultierenden Potenziale für Leistungs- und Effizienzsteigerungen wurden in diesen Ländern bereits erkannt. Aus innovationspolitischer und ökonomischer Sicht sollte es Ziel sein, die in Deutschland traditionell strikte Trennung zwischen militärischer und ziviler Forschung aufzuheben. Dazu ist eine grundsätzliche Offenheit gegenüber verschiedenen Technologien notwendig und es sind geeignete Rahmenbedingungen für eine effiziente Zusammenarbeit zu schaffen, beispielsweise durch die Bildung von Clustern. Die sogenannten Zivilklauseln, die Universitäten und Hochschulen eine Forschung oder Forschungsk Kooperationen für militärische Zwecke untersagen, behindern notwendige, verteidigungsrelevante Forschung und sind der aktuellen sicherheitspolitischen Lage nicht mehr angemessen. Sie sollten daher vollumfänglich und schnellstmöglich abgeschafft werden. Zudem sollten die gesellschaftswissenschaftlichen Kompetenzen der Hochschulen genutzt werden, um umsetzungsorientierte Handlungsoptionen zur Schaffung eines mehrheitlich geteilten Sicherheitsbewusstseins zu entwickeln.

Geeigneter Umgang mit der Fachkräftekonkurrenz

Sowohl Wirtschaft als auch Bundeswehr sehen sich mit zunehmendem Fachkräftemangel konfrontiert und konkurrieren um den Nachwuchs. Hierbei kann nur zielführend sein, beidseitige Interessen zu berücksichtigen und Bedarfe angemessen zu koordinieren. Wirtschaft und Bundeswehr dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen im Dialog Bedarfe benennen und Modelle zum gemeinsamen Nutzen erarbeiten.

Bürokratieabbau

Die Wirtschaft in Norddeutschland sieht sich – wie die Bundeswehr – mit einem teils unüberschaubaren rechtlichen Rahmen und einer Vielzahl bürokratischer Hürden konfrontiert, zu denen stets neue hinzukommen. Dies zeugt von einem Misstrauen der Politik gegenüber unternehmerischem Wirken und behindert den Auftrag der Landesverteidigung. Damit sich die Wirtschaft vorrangig auf die neuen sicherheitspolitischen Anforderungen fokussieren kann, sind bürokratische Regulierungen auf das Nötigste zu beschränken. Das gegenseitige Vertrauen im eigenen Land muss wiederhergestellt werden.

Eigenverantwortung der Wirtschaft

Die norddeutsche Wirtschaft steht zu ihrer Eigenverantwortung, sich an das neue sicherheitspolitische Umfeld anzupassen, notwendige Investitionen zu tätigen und Vorkehrungen für den Wirtschafts- und Geheimschutz sowie die Aufrechterhaltung von Produktion und Dienstleistungsangebot zu treffen. Dazu zählt, sich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten gegen Spionage, Sabotage und Cyberangriffe zu schützen. Dies erfordert die enge Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden, einen kontinuierlichen und

transparenten Informations- und Erfahrungsaustausch mit relevanten Akteuren, sowie die Gewährleistung von Planungssicherheit und geeigneten Rahmenbedingungen durch den Staat.

Einbeziehung der Organisationen der norddeutschen Wirtschaft

Die Industrie- und Handelskammern und die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sind Sprachrohr für die Wirtschaft und Dolmetscher für Politik und Verwaltung gegenüber den Unternehmen. Sie sollten in dieser neuen Lage eine informierende und vermittelnde Rolle einnehmen und erster Ansprechpartner für Ministerien, Behörden und Bundeswehr bei allen die Wirtschaft betreffenden Fragen sein. Zur Schaffung eines kontinuierlichen Austauschs sind strategische Dialogformate, wie beispielsweise ein strukturierter Sicherheitsdialog mit den Innenministerien und Landeskommandos unter Einbindung der Kammern und Verbände, zu etablieren.